

Zwischen Ökonomie und Politik

Zur diskursiven Konstruktion des Begriffs „*Gesellschaftsmodell*“ am Beispiel Frankreichs

Frédéric Lebaron

1. Einleitung

Nicht erst seit den sogenannten Finanz- und Wirtschaftskrisen jüngerer Datums kommt Wirtschaftsdiskursen eine besondere Rolle für die Funktionsweise ökonomischer Felder, wie auch für die von diesen betroffenen gesellschaftlichen Teilbereiche zu. In ihnen wird von Politikern, Managern, Journalisten, Lobbyisten und anderen Interessenvertretern artikuliert, was die drängenden volkswirtschaftlichen Probleme und adäquate Lösungen sind, welche gesellschaftlichen Bedingungen und Folgen sie haben und wer Verantwortung zu übernehmen habe. Wirtschaftsdiskurse adressieren das Allgemeinwohl und in ihnen entscheidet sich, welche wirtschaftlichen Aspekte von allgemeinem Interesse sind, was es daher wie zu regulieren gilt und welche Form gesellschaftlicher Verteilung des ökonomischen Wohlstands als legitim gelten kann. Wie wir zeigen werden erwächst dieser Art allgemeiner Wirtschaftsdiskurse (im Gegensatz zu Spezialdiskursen), ihre Wirkmächtigkeit gerade aus ihrer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung, die es den sich in ihnen Artikulierenden erlaubt, einerseits als „Avatare“ ihrer Felder und Spezialdiskurse aufzutreten und sich andererseits damit allgemein wirksames symbolisches Kapital für eben diese Kontexte zu sichern. So zeitigen Wirtschaftsdiskurse auch direkte performative Effekte für die sich in ihnen artikulierenden Sprecher und ihre Positionen in politischen, wirtschaftlichen, journalistischen und wissenschaftlichen Feldern.

Daher erstaunt es, dass die Volkswirtschaft Wirtschaftsdiskurse – die ökonomisch ebenso wie gesellschaftlich eine enorme Wirkung zu entfalten scheinen – als Forschungsgegenstand wie auch als Forschungsperspektive bisher weitgehend vernachlässigt hat. Dies liegt womöglich auch daran, dass Diskurse traditionell nicht diesem Gegenstandsbereich zugerechnet werden und sich nur schlecht mittels der dort vorherrschenden Modellierungsansätze und Methoden untersuchen lassen. Angesichts dieser

analytischen wie methodologischen Leerstelle ist es überraschend, dass (französische) Wirtschaftssoziolog_innen dem Komplex Wirtschaftsdiskurse bis vor kurzem auch keine systematische Aufmerksamkeit zu widmen scheine, zumal sie es sind, die vorschlagen, die Sphäre des Ökonomischen wieder in ihren gesellschaftlichen Einbettungsverhältnissen zu untersuchen (vgl. Smelser und Swedberg 2005; Beckert et al. 2007).

In seinen *Principles of Economic Sociology* stellt Richard Swedberg (2002, S. 152) fest, dass die Art und Weise, wie Wirtschaftstheorien, -ideologien und -informationen generiert werden und sich quer durch die Diskurse verschiedenster Experten und Laien verbreiten, von der neuen Wirtschaftssoziologie wurde die internationale Verbreitung des Keynesianismus und des Neoliberalismus und den damit verbundenen Ideen und Ideologien weitgehend vernachlässigt.¹ Ihr Hauptaugenmerk liegt indessen auf den interpersonellen und institutionellen Netzwerken, die sich zwischen Inhabern wirtschaftlich machtvoller Positionen knüpfen und wieder lösen (vgl. Steiner 1999; Steiner und Vatin 2009). In Frankreich, wo das Interesse für die Wirtschaft als Universum kollektiver Überzeugungen seit den Arbeiten der Durkheimianer nicht erloschen ist, hat die Forschung zu ökonomischen und wirtschaftsjournalistischen Debatten (siehe insbesondere Lebaron 2000; Duval 2004; Pierru 2007; Denord 2008) dazu beigetragen, dass die Rolle der Produzenten und der Verbreiter von Wirtschaftsdiskursen erneut analysiert wurde – dies vor allem mit dem Ziel, die Bedingungen der Reproduktion und Transformation der Gesellschaftsordnung in Zeiten des Neoliberalismus und der Managerialisierung besser zu verstehen (Ogien 1995; Bruno 2008; vgl. für Deutschland Schmidt-Wellenburg 2013). Doch es ist zu konstatieren, dass eine Soziologie der Wirtschaftsordnung, die aus der Analyse der Wirtschaftsdiskurse hervorgehen könnte, gegenwärtig noch in ihren programmatischen Anfängen steckt.² Hinzu kommt, dass

¹ Es handelt sich insbesondere um neo-institutionalistische Autoren wie Hall, Campbell und Pedersen etc.

² In den Sprachwissenschaften scheint das Forschungsfeld Wirtschaftsdiskurse noch nicht sonderlich fest verortet zu sein, auch wenn diverse Arbeiten zu unterschiedlichen Wirtschaftsdiskursen vorliegen, wie z.B. die Beiträge von Dominique Maingueneau (2013), Isabelle Laborde-Milaa und Malika Temmar (2013), Christine Barats (2013), Thierry Guilbert (2013), Johannes Angermüller (2013) oder auch die Forschungsarbeiten von Corinne Gobin (2000) zu europäischen Gewerkschaftsdiskursen oder die Analysen französischer Gewerkschaftsdiskurse von Anne-Marie Hetzel, Josette Lefevre, René Mouriaux und Maurice Tournier (1999). Gleiches gilt in Frankreich für Arbeiten zur Wirtschaftsrhetorik (siehe jedoch Nummer 55 der Zeitschrift „Sciences de la société“ aus dem Jahr 2002, unter der Leitung von Bernard Maris). Diese ursprünglich im nord-amerikanischen Kontext verwurzelte Forschungsrichtung konzentriert sich im Wesentlichen auf eine interne kritische Analyse der Wirtschaftstheorien und begreift sich als anti-positivistische Alternative zur dominanten Wirtschaftsmethodologie und -epistemologie (McCloskey 1990; Maris 2002). Ihr Ziel ist es, zu zeigen, dass Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftsexpertise nicht auf die einfache Kombination von Theorien und Fakten zu reduzieren sind, sondern dass sie ihre Rezipienten zunächst einmal zu *überzeugen* beabsichtigen (daher liegt der Schwerpunkt auf den rhetorischen Verfahren, die von Ökonomen und Experten verwendet werden). Die wissenschaftliche Sichtbarkeit der Forschungsarbeiten zur Ökonomie im Bereich der Lexikometrie, der Diskursanalyse und der soziolinguistischen Analyse ist jedoch verglichen mit den Arbeiten zu politischen Diskursen weiterhin gering

die Arbeiten unterschiedlichsten Disziplinen entstammen (Ökonomie, Soziologie, Politikwissenschaft, Geschichte, Epistemologie, Sprachwissenschaften) und im Allgemeinen nicht direkt aufeinander Bezug nehmen: Die in dieser sozialwissenschaftlichen Forschungslandschaft koexistierenden soziologischen und historischen Arbeiten konzentrieren sich einerseits auf professionelle Akteure und Berufsgruppen (Ökonomen, Unternehmensleiter und Manager, politische Akteure, hohe Funktionäre, Journalisten usw.), die in unterschiedlichsten Handlungskontexten zu Wirtschaftsdiskursen beitragen, bspw. durch ihre sozialen und historischen Produktionskontexte oder die symbolischen Kämpfe, die diese Universen durchdringen, und andererseits auf die interne Analyse der Diskurse, wobei vor allem die konzeptionellen und methodologischen Werkzeuge der Sprachwissenschaften oder der Wissenschaftsphilosophie zum Einsatz kommen, um wirtschaftliche oder eine wirtschaftliche Dimension beinhaltende Textkorpora zu analysieren.

Der vorliegende Beitrag entwickelt einen soziologischen Ansatz zur Analyse von Wirtschaftsdiskursen, der in der Tradition der Arbeiten Pierre Bourdieus steht (Bourdieu 2001; Bourdieu und Boltanski 1976) und zugleich den Sprachwissenschaften entstammende Konzepte und Vorgehensweisen nutzt. Das Postulat der Wirtschaftssoziologie jüngerer Datums stellt in sehr ähnlicher Weise eine Grundüberzeugung der relationalen Soziologie Pierre Bourdieus dar: das ökonomische Feld ist in vielfachen Wechselwirkungen zum Feld der Politik, der Wissenschaft und letztlich zum Feld der Macht und seiner symbolischen Ordnung zu denken (Bourdieu 2000; vgl. a. Lebaron und Schmidt-Wellenburg 2018; Gengnagel et al 2016; Schmitz et al. 2017).

Üblicherweise werden Wirtschaftsdiskurs als akademische Diskurse untersucht, um die Hintergrundpräsenz der Berufsökonomien in der öffentlichen Debatte aufzuzeigen (Lebaron et al. 2009, Maesse 2015, Schmidt-Wellenburg 2018). Die hier angelegte Perspektive hingegen erlaubt es sich genauer mit der Funktion jener Sprecher zu beschäftigen, die als politische Vermittler zwischen öffentlicher Debatte und akademischem Spezialdiskurs fungieren und dazu beitragen, dass Positionen in der öffentlichen Debatte wissenschaftlich legitimiert und umgekehrt bestimmte wissenschaftliche Fragestellungen und Positionen als politisch und vor allem gesellschaftlich relevant anerkannt werden (vgl. Schmidt-Wellenburg 2017). Aufgezeigt werden soll der Einfluss der Wirtschaftsdiskurse auf die öffentliche Debatte anhand der Art und Weise, in der die Verwendung des Konzepts des „Gesellschaftsmodells“ (modèle sociale) in Frankreich in den Jahren 2005 bis 2007 mit der

(Le Bart 1998).

Rolle bestimmter sozialer Akteure und ihren spezifischen Eigenschaften verknüpft ist. Der untersuchte Zeitraum ist vor allem von Interesse, da hier (ähnlich wie in Deutschland mit den Auseinandersetzungen über die Hartz-Reformen und die Agenda 2010) auch die im Zuge der Weltwirtschaftskrise ab dem Jahr 2008 geführten Reformdebatten zu beobachten sind. Darüber hinaus zeigt sich im hier gewählten Zeitausschnitt mit dem Aufstieg von Nicolas Sarkozy das Aufkommen eines neuen Politikstils des „Machers“.

Nachfolgend stellen wir Überlegungen zum Verhältnis sozialer Felder und Diskurse im Kontext der relationalen Soziologie Bourdieus an. Im Anschluss rekonstruieren wir historische Aspekte der Verwendung des Begriffs „Gesellschaftsmodell“ in öffentlichen Debatten in Frankreich. Anschließend zeigen wir, dass der sich vornehmlich ab 2005 entwickelnde Diskurs zum „französischen Gesellschaftsmodell“ wesentlich von mit zentralen politischen Ressourcen ausgestatteten Agenten gestaltet wurde. Wir schließen mit Überlegungen zur gesellschaftlichen Relevanz des hier beobachteten Bedeutungsgewinns von Wirtschaftsdiskursen in den letzten Jahrzehnten.

2. Zur Bedeutung von Diskursen für eine Feldtheorie der Ökonomie

Auf den ersten Blick scheinen Diskurse im Rahmen der Bourdieu'schen Theoriearchitektur eine eher nachrangige Rolle einzunehmen. Vertiefte Überlegungen zur Kombination feldtheoretischer und diskursanalytischer Verfahrensweisen finden sich nicht in dessen Schriften. Wo Diskurse thematisiert werden erscheinen sie vor allem als Erscheinungsformen und Mechanismen symbolischer Herrschaftsverhältnisse und – wie jede Praxis – als Ergebnis eines (hier: sprachlichen) Habitus und eines Feldes (hier: eines sprachlichen Marktes).

“Any kind of discourse, whatever it may be, is the product of an encounter between a linguistic habitus, i.e. a competence that is inextricably both technical and social (both the ability to speak and the ability to speak in a certain socially marked fashion), and a market, i.e. a system of price formation that contributes to give linguistic production an orientation in advance. (Bourdieu 2008, S. 133)

Bourdieu weist so dem Diskursbegriff eine wesentliche Bedeutung für die Reproduktion symbolischer Ordnung zu, die er wesentlich auf die praktische Anwendung internalisierter (kognitiver, sprachlicher, wissensbezogener etc.) Klassifikationsschemata zurückführt. Sein Interesse liegt dabei insbesondere auf den Machtgrundlagen von Diskursen und den

Machteffekten legitimen Sprechens. Dieses Diskursverständnis wurde von ihm vor allem in seiner politischen Soziologie zur Anwendung gebracht. Hier wird etwa die „Produktion der herrschenden Ideologie“ (Bourdieu & Boltanski 1976) diskursanalytisch reflektiert und die „öffentliche Meinung“ (Bourdieu 1980) dabei als Diskurseffekt gefasst.

Neben diesem ungleichheitstheoretischen Aspekt sind Diskurse aber auch für die Praxis- und Feldtheorie von Belang. Dabei kann eine enge begriffliche Kopplung von Praxis und Diskurs konstatiert werden: Diskurse und die sie bildenden Äußerungen sind immer Teil sozialer Praxis, und umgekehrt nimmt gesellschaftliche Praxis häufig – vielleicht sogar: im Regelfall – die Form diskursiver Praktiken an. Dabei liefert die Feldtheorie wesentliche Anregungen zur Analyse der „Ordnung von Diskursen“, und umgekehrt lässt sich mit diskurstheoretischen Annahmen und Forschungsmethoden Licht in eine Vielzahl von feldtheoretischen Zusammenhängen bringen. Von besonderem Interesse sind dabei jene Diskurse, die sich *zwischen* sozialen Feldern bzw. über Feldergrenzen hinweg entfalten (vgl. Witte & Schmitz 2018). Denn auch die Kämpfe (beispielsweise zwischen Staat und Ökonomie) nehmen typischerweise die Form diskursiver Auseinandersetzungen an – genau hierauf lassen sich Bourdieus Überlegungen zu „legitimen Sprechern“ bzw. „Sprecherpositionen“ beziehen: *Legitime Sprecher* sind solche Diskursteilnehmer, die nicht nur *in legitimer Weise* sprechen, sondern auch *legitime Inhalte* und Ansichten artikulieren – also *legitime Positionierungen*, die auf die Autorität und *Legitimität ihrer Positionen* in ihren jeweiligen Herkunftsfeldern – und damit vor allem auch: die Machtpositionen dieser Herkunftsfelder selbst – rekurrieren können. Die dadurch hervorgebrachten, reproduzierten, konservierten oder auch transformierten Machtverhältnisse zwischen Feldern wirken wiederum in vielfältiger Weise auf die darin beteiligten Einzelfelder zurück: Begriffe und Bedeutungen, Hypothesen und Theoreme, Teilungsprinzipien und Weltsichten, Semantiken und Narrative, ganze Register und spezifische intertextuelle bzw. interdiskursive Verweisstrukturen, sprachliche Formen und Ausdrucksweisen sowie feldspezifische Codes können auf diese Weise in mehr oder weniger hohem Maße einen orthodoxen oder gar doxischen Status erlangen, d. h. zu unhintergehbaren Grundlagen von Praktiken werden.

Im Kontext von Politik und Wirtschaft rückt ein solcher Blick ganz bestimmte „Relaisstationen“ diskursiver Autorität ins Zentrum unseres Interesses: Manager, Gewerkschaftler etc. verwenden in ihrem Sprechen wissenschaftliche Erkenntnisse und nutzen Konzepte und Begriffe am Rande des wissenschaftlichen Diskurses. Dies kann als eine Strategie interpretiert werden, die darauf abzielt, am symbolischen Kapital bestimmter Felder und ihrer Semantiken zu partizipieren und darüber die eigene Sprecherposition zu stärken.

Auf diese Weise werden Konzepte als politisch und für die „Öffentlichkeit“ relevant ausgezeichnet, was wissenschaftliche Diskurse mit symbolischem Kapital versieht und spezifische wissenschaftliche Sprecherpositionen stärken kann. Wissenschaftliche Akteure sind nicht selten an eben diesem Effekt interessiert und neigen mitunter dazu, einige Begriffe und Konzepte genau hierfür in Policy Papers und Executive Summaries bereit zu halten. So entsteht der wirtschaftswissenschaftliche Hintergrund der öffentlichen Debatte an der Kreuzung des wissenschaftlichen und politischen Diskurses mit Hilfe von „politischen Vermittlern“ und durch die Verwendung „halb-wissenschaftlicher“ Begrifflichkeiten.

Die genannten Relaisstationen funktionieren dabei in beide Richtungen: Jenen Wirtschaftsdiskursen, die es in die Diskurse der zentralen politischen Akteure schaffen, wird eine Autorität verliehen, die in gewisser Weise stärker ist als diejenige, über die die Inhaber des wissenschaftlichen Kapitals, also die Ökonomen selbst, verfügen. So verleiht nicht nur symbolisches wissenschaftliches Kapital den Wirtschaftsdiskursen bei politischen und sozialen Akteuren Autorität, sondern die umgekehrte Beziehung ist ebenso wahrscheinlich. Aus dieser Sicht ist ein effizienter Wirtschaftsdiskurs einer solcher, der von politischen Akteuren aufgegriffen wird, die in der Lage sind, ihn im öffentlichen Raum durchzusetzen. Es wird damit klar, dass für Ökonomen eine der zentralen Strategien darin bestehen kann, sich bei den zentralen politischen Akteuren Gehör zu verschaffen, um ihre Vorschläge, Analysen oder Orientierungen jenseits der Sphäre ihrer Peergroup voranzubringen. Die dabei hervorgebrachten und formatierten Begrifflichkeiten – wie jene des „französischen Gesellschaftsmodells“ – und die politische Wirkungen, die sie potentiell entfalten können – gilt es im Kommenden aus einer Analyse ihrer historischen Genese und ihrer praktischen Wirkung im Schnittpunkt von Politik und Wirtschaft zu verstehen.

3. Der Begriff des Gesellschaftsmodells in der französischen öffentlichen Debatte

Die im Folgenden vorgestellten Überlegungen beruhen auf den Ergebnissen eines aktuellen Forschungsprojekts zum Thema „Soziopolitische Verwendungen des Begriffs „Gesellschaftsmodell“. Das Forschungsprojekt wird durch das Institut de recherches économiques et sociales im Auftrag der Confédération générale du travail (CGT) finanziert (vgl. Lebaron et al. 2009). In dieser Studie greifen wir auf eine Sammlung öffentlicher Diskursbeiträge zurück, die aus 100.000 Texten besteht und eine belastbare Quelle für Analysen der öffentlichen Äußerungen verschiedener Akteure und Akteurstypen, wie bspw. Funktionäre aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Gewerkschaft darstellt³. Für die systematische Untersuchung der Begriffe „französisches Modell“ und „Gesellschaftsmodell“ aus der Gesamtheit der Texte wurden jene ausgewählt, die den Begriff „französisches Modell“ oder „Gesellschaftsmodell“ enthalten. Darüber hinaus wurde bei unseren kollektiven Recherchen zur soziopolitischen Verwendung des Begriffs „Gesellschaftsmodell“ ein zweiter Korpus mit 66 nach ihrer Größe und ihrer thematischen Relevanz ausgewählten Presstexten systematisch untersucht (Lebaron et al. 2009). Auch die hier zur empirischen Veranschaulichung verwendeten Textauszüge entstammen allesamt diesen zwei Korpora.

3.1 Facetten des französischen Modells

In Frankreich wurde der Begriff „Modell“ lange in qualitativen Analysen als Kategorie zur Beschreibung der politischen und sozialen Verhältnisse verwendet. Er diene zur Abgrenzung von jeglicher Form des ökonomistischen Reduktionismus⁷ und ist traditionell eng mit vielfachen deskriptiven und normativen Bedeutungen verwoben. So kann der Ausdruck „französisches Modell“ z. B. im Diskurs von Staatschefs äußerst positiv konnotiert sein und als Ursache für erwünschte Zustände und Entwicklungen genannt werden, wie der folgende Auszug aus einem Gespräch zwischen einem Journalisten und Präsident Giscard d'Estaing während des Präsidentschaftswahlkampfes von 1981 verdeutlicht:

³ <http://www.vie-publique.fr/discours/>

„FRAGE: Man spricht oft (zu oft) vom „japanischen Modell“ oder vom „amerikanischen Modell“. Könnte man nicht ein „französisches Modell“ vorschlagen?
DER PRÄSIDENT: Ich weiß nicht, ob es viele Franzosen gibt, die ausländische Modelle akzeptieren würden. Ein japanischer Erfolg existiert. Wir können unsere Lehren daraus ziehen. Ich glaube aber nicht, dass wir das Modell kopieren können. Frankreich selbst gilt weltweit als Vorzeigeland, so zum Beispiel in Bezug auf das Funktionieren unserer Demokratie mit den Institutionen der fünften Republik. Es gibt zahlreiche andere Bereiche, in denen wir eine Vorbildrolle übernehmen könnten: die Güte unserer Kreativität, das Niveau unserer wissenschaftlichen und künstlerischen Kultur, die Homogenität der französischen Gesellschaft. Aber es würde uns niemals einfallen, ein solches Modell auszuarbeiten, geschweige denn es jemandem aufzuzwingen.“ (Jour de France 1981)

Zwanzig Jahre später verwendet ein anderer Präsident der Republik, Jacques Chirac, den Begriff „Gesellschaftsmodell“ im Präsidentschaftswahlkampf zu seiner Wiederwahl ebenfalls in Bezug auf Frankreich („*notre modèle social*“). Er verband ihn mit Gerechtigkeitsgrundsätzen, die es in einem Kontext zu verteidigen gilt, der aufgrund der fortgeschrittenen Globalisierung und europäischen Integration bereits weitaus weniger günstig scheint:

„Unser Gesellschaftsmodell ruht auf Gerechtigkeitsgrundsätzen auf, denen wir Bürger zu Recht tief verbunden sind. Im Hinblick auf unsere soziale Sicherheit denke ich besonders an den Grundsatz der Solidarität. Er impliziert, dass nichts unternommen werden darf, was Beschäftigungsgruppen aus dem gemeinschaftlichen Regulierungsrahmen ausschließt.“ (Chirac 2001)

Der Tonfall hingegen, den Nicolas Sarkozy 2005 bei einer Ansprache anschlägt, in der auf das französische Gesellschaftsmodell verwiesen wird, ist ein anderer: das französische Gesellschaftsmodell wird nun als Grund für als negativ verstandene Zustände und Entwicklungen angeführt. Nachdem er zu diesem Zeitpunkt schon als sicherer Kandidat für die Präsidentschaft der Republik gilt, bricht er wiederholt und explizit mit der Vergangenheit:

„Angesichts der zahlreichen Arbeitslosen, der vielen Armen und Ausgegrenzten kann Frankreich nicht länger behaupten, das beste Gesellschaftsmodell zu besitzen. Frankreich muss wieder für diejenigen attraktiv werden, die erfolgreich und innovativ sein möchten, die Ideen einbringen, für Menschen mit Erfindergeist und Kreativität. Frankreich ist aber nur für die einladend, die sonst niemand auf der Welt haben will. Wir wollen die Besten in Frankreich.“ (Sarkozy 2005a)⁴

⁴ In der Weltwirtschaftskrise 2008-2009 ist dann eine erneute Wendung im Gebrauch des Begriffs Gesellschaftsmodell Frankreich zu sehen, da es nun für seine Widerständigkeit in der Krise von eben jenen Akteuren gelobt wird, die es zuvor verdammt, um dann in den nachfolgenden Reformdebatten ab 2012 zunehmend wieder dessen Konkurrenzfähigkeit zu bezweifeln und anderen „nationale Modelle“ innerhalb Europas vergleichend als Inspiration heranzuziehen.

Die hier bereits aufscheinende Veränderung in der Verwendung des Begriffs „Gesellschaftsmodell“ lässt sich nicht nur in Frankreich beobachten, sondern geht einher mit ähnlichen diskursiven Veränderungen der Konnotation nationaler Gesellschaftsmodelle in den Wirtschaftsdiskursen anderer europäischer Länder und vor allem auch im Kontext von Diskursen zur Zukunft der Europäischen Union (EU) und eines „europäischen Sozialmodells“. Ohne die gesamte Historie dieser Verwendung hier systematisch nachvollziehen zu wollen, soll dieser für die weitere Entwicklung wichtige Kontext kurz skizziert werden.

3.2 „Nationale Modelle“ im europäischen Kontext

In den Debatten der Jahre 1960–1970 wurde der Begriff „Modell“ oft verwendet, um insbesondere über die Zukunft des Sozialismus in Frankreich und weltweit zu diskutieren (gemäß einer von der Kommunistischen Partei Frankreichs eingebrachten Formulierung „gibt es kein Modell des Übergangs zum Sozialismus“⁵). In den 1990er und 2000er Jahren taucht der Begriff im Zuge des politischen Werbens für ein europäisches Gesellschaftsmodell erneut auf. Im Anschluss an das 1993 veröffentlichte zweite EU-Weißbuch des Europäischen Kommissionspräsidenten Jacques Delors findet dieses Modell in Frankreich vor allem im Umfeld der sozialistischen Partei und des Gewerkschaftsbundes Confédération française démocratique des travailleurs (CFDT, Französischer demokratischer Arbeiterbund) den Weg auf die politische Tagesordnung. Diese mit Europa verbundene Verwendung des Begriffs Gesellschaftsmodell dominiert bis 2005 deutlich in dem von uns untersuchten Datenkorpus⁶: Angesichts der wachsenden EU-Skepsis bemühte man sich zu dieser Zeit um einen symbolischen Ausgleich in einem Europa, das sich seit dem Vertrag von Rom hauptsächlich auf die Wirtschaftspolitik und auf die Konstruktion eines gemeinsamen Marktes stützte (Denord und Schwarz 2010). Darüber hinaus ermöglichte es dieser Begriff, Europa mit den

⁵ „Die Beziehung zwischen dem Parti Communiste Français und der Kommunistischen Partei Chinas [stehen im Kontext] der Wiederherstellung der Beziehungen zwischen beiden Ländern, die von dem Willen bestimmt ist, einen neuen Internationalismus zu etablieren (ohne auf ein sozialistisches Modell oder Parteirichtlinien zu beharren, sondern unter Akzeptanz der Sonderwege jedes einzelnen Landes und im Namen der Solidarität im Kampf gegen den Imperialismus); [Georges Marchais konstatiert] zahlreiche übereinstimmende Ziele (darunter den Kampf für den Frieden und die Abrüstung); er ruft auf zu einem Schlichtungsverfahren zwischen China, der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten.“ (L’Humanité 1982).

⁶ Der gleiche Prozess lässt sich im Fall gewerkschaftlicher Diskurse beobachten, wie Josette Lefevre (2008) in einer Studie, die im Rahmen des IRES-CGT-Projekts durchgeführt wurde, aufzeigt.

USA und ihrem amerikanischen Modell zu vergleichen und sich entsprechend der Logik einer polit-ökonomischen Konkurrenz der Nationalstaaten zu messen und somit zu vermessen. Dass dieser Diskurs nun den politischen Raum durchdringt, veranschaulicht der folgende Text, mit dem sich die Regierung Juppé an die anderen Länder der EU wendet.

„Im Laufe ihrer Geschichte haben die Länder Europas Grundlagen für ein Gesellschaftsmodell geschaffen, das Europa von den anderen Kontinenten unterscheidet:

- Überall in Europa profitieren Männer und Frauen vom Schutz vor existenzgefährdenden Risiken und einem garantierten Einkommen nach ihrer Pensionierung.
- Überall in Europa wird die Rolle der Tarifparteien im ökonomischen und sozialen Leben anerkannt. Heute ist es der Sozialdialog, der die duale Ausbildung von Jugendlichen fördert, neue Formen der Arbeitsorganisation hervorbringt und eine für die Beschäftigten vorteilhafte Aufteilung von Arbeitsleistung bewirkt, alles Maßnahmen, die konkrete und nachhaltige Fortschritte im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ermöglichen.
- Überall in Europa definiert der Staat Mindeststandards für Beschäftigungsverhältnisse und sichert den nationalen Zusammenhalt.
- Überall in Europa sind die sozialen Sicherungssysteme tief in der Identität und der Kultur der Völker verwurzelt.

Im Gegensatz zur Überzeugung gewisser Leute sind diese sozialen Errungenschaften ein Gewinn für Europa. Sie waren ein Wachstumsmotor, weil sie den sozialen Zusammenhalt gesichert haben. Sie werden die europäischen Länder in Zukunft dazu befähigen, sich an eine neue Gesellschaftsordnung mit anderen und abwechslungsreicheren Arbeitsformen anzupassen und sich auf die ‚New Economy‘ einzustellen, die vor unseren Augen entsteht“ (République française 1996)

@Frederic: Please 1-2 sentences of interpretation

Im Jahr 2005 ist die Thematik des europäischen Gesellschaftsmodells in den Debatten rund um das Referendum zum europäischen Verfassungsvertrag abermals sehr präsent, zumal die EU-Skepsis inzwischen stark an sozialen Themen festgemacht ist, wie der Erfolg des „Neins“ am 29. Mai zeigt (Lehingue 2007).

„Was mit diesem Vertrag für uns Gewerkschaftler auf dem Spiel steht, ist das europäische Gesellschaftsmodell, ist die Bekräftigung unserer Werte, die Anerkennung der fundamentalen Rechte und des sozialen Dialogs, ist das Gleichgewicht zwischen einer ökonomischen und einer solidarischen sozialen Entwicklung. Wir wissen, dass das europäische Gesellschaftsmodell, für das wir seit Jahren kämpfen, mehr als nur ein Richtwert ist. Es ist integraler Bestandteil unserer Vorstellung von der Gewerkschaftsbewegung und bringt die Sozialkritik, den Willen zur Veränderung und das Streben nach Resultaten unter einen Hut. Es ist ein zentraler Hebelpunkt für den Aufbau einer Welt, wie wir sie wollen.“ (Chérèque 2005)

@Frederic: Please 1-2 sentences of interpretation

Aus dem rechten politischen Lager stammt hingegen die – vermeintlich neue – Problematisierung der Zukunft des *französischen Gesellschaftsmodells*, die 2005 vor dem Hintergrund der zunehmenden Stärke der Rechtspopulisten und des Triumphs des „Neins“ beim Referendum viel Beachtung erfährt. Im Jahr 2007 veranschaulichte ein kurzer Zeichentrickbeitrag, der bei France 2 ausgestrahlt wurde und anschließend im Internet Verbreitung fand, diese neue Problematisierung des französischen Gesellschaftsmodells auf beinahe karikatureske Weise. Er bedient sich eines stilisierten, ja fast schon fantastischen Weltbilds und bettet die Thematik in eine kohärente Erzählung ein: Alles, was in Frankreichs geschlossenem Wirtschaftsraum in den letzten 30 Jahren bestens funktionierte (soziale Sicherheit, öffentliche Dienstleistungen „à la française“, unbefristete Verträge etc.), erweist sich angesichts der Globalisierung, die eine Öffnung Frankreichs nach außen notwendig macht, als unwirksam (wie zum Beispiel an der Arbeitslosenquote abzulesen ist). Daher ist es unvermeidlich, das Modell anzupassen und sich dabei an dem zu orientieren, was im Ausland besser funktioniert, auch wenn dies Opfer erfordert und fraglose negative soziale Folgen zeitigt. Eine Umfrage des Institut française d’opinion publique (IFOP), die im Oktober 2005 veröffentlicht wurde, belegt die gelungene Verbreitung dieser Ansicht: 68% der von der IFOP befragten Franzosen sind der Meinung, dass das französische Gesellschaftsmodell schlecht funktioniert (IFOP 2005).

Insgesamt zeigt sich, dass zunächst das europäische und damit auch das französische Gesellschaftsmodell als Bollwerk gegen die neoliberalen und als amerikanisch etikettierten Zumutungen der Globalisierung in Position gebracht wurde. Durch diese Verwendung des Begriffs wurde zunehmend ein Rahmen etabliert, der im Folgenden dazu genutzt wurde kann, nationale und regionale Modelle entsprechend ihrer Performanz zu vergleichen. Damit erfuhr der Diskurs eine erhebliche Dynamisierung und Polarisierung: Je nachdem, welche Maßstäbe angelegt werden, gilt es, wie im Fall der Gewerkschaften, etwas zu bewahren, oder wie im Fall der französischen Rechtspopulisten, zu verändern. Die ab 2005 sich entwickelnde Debatte um die Optimierung Frankreichs und die Anpassung des französischen Modells an den Druck des globalen Wettbewerbs ist dabei, ähnlich wie die zeitgleich in Deutschland laufenden Auseinandersetzungen über die Agenda 2010, letztlich nicht ohne Prozesse der Europäisierung und Globalisierung zu verstehen.

4. Der herrschende Wirtschaftsdiskurs: eine (Co-)Produktion der zentralen politischen Akteure und der (politischen) Ökonomen

Der politische und mediale Aufstieg des Begriffs „Gesellschaftsmodell“, der in Frankreich in den Jahren 2005 bis 2007 zu verzeichnen ist, fördert im Zusammenhang mit dem Bedeutungszuwachses der Wirtschaftsdiskurse einen zentralen Aspekt zutage: die enge Bindung von ökonomischen und politischen Diskursen; man denke nur an die „engagierten Vertreter“ (Guilbert, 2011). Bei Letzteren handelt es sich um zentrale Akteure des politischen Feldes, die sich zu Vermittlern wissenschaftlicher Wirtschaftsdiskurse machen, die von Agenten hervorgebracht werden, die an der Schnittstelle zwischen der akademischen und der politischen Welt stehen. Anstatt den Wirtschaftsdiskurs (Expertendiskurs) ein wenig vorschnell dem politischen Diskurs (Herrschaftsdiskurs) gegenüberzustellen und sich dabei letztlich auf ein Terrain zu begeben, das gerne von Public-Choice-Theoretikern bespielt wird und die Rhetorik der Zentralbanker prägt⁷, scheint es sinnvoll, nach der Position der (mehr oder weniger ausgewiesenen, mehr oder weniger sichtbaren) *Kettenglieder* im Inneren des politischen Diskurses zu fragen, die – ausgestattet mit der diskursiven Autorität des wirtschaftlichen Erfolgs als Manager oder Unternehmer oder der diskursiven Autorität des politischen Erfolgs als Gewerkschaftler – auf wissenschaftliche oder semi-wissenschaftliche Studien verweisen. Dabei gilt es zu verstehen, inwiefern der Erfolg eines bestimmten Typs von Wirtschaftsdiskurs der Konsekrationsmacht der zentralen politischen Akteure geschuldet ist (Bourdieu, 2001). Der politische Diskurs gibt sich nämlich keinesfalls damit zufrieden, auf Elemente des Wirtschaftsdiskurses zurückzugreifen⁸, sondern er verleiht ihnen dabei zugleich eine soziale Autorität und verschafft ihnen Zugang zu einem sehr viel breiteren Publikum als jenem, das wissenschaftliche Diskurse unmittelbar adressieren (nicht zuletzt aufgrund des geringen Aufmerksamkeitswertes von in ökonomischen Begriffen gekleideten Informationen).

Bis zu seiner Aktivierung durch die zentralen politischen Akteure wurde der Diskurs über das Gesellschaftsmodell vor allem von Wirtschaftswissenschaftlern (Akademikern oder Praktikern), Experten, höheren Beamten, Journalisten und Soziologen vorangetrieben.

⁷ Die Public-Choice-Theorie geht davon aus, dass politische (rational handelnde) Akteure vor allem ihre Wiederwahl und die Maximierung der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen im Sinn haben. Ihre Diskurse richten sich an die Wähler und sind daher von Natur aus demagogisch. Sie folgen einer Logik des Ermessens, die die Zufriedenheit der Wähler im Blick hat. Im Gegensatz dazu sind die Diskurse der wichtigsten Banker und Ökonomen vermeintlich ausschließlich von wirtschaftlicher Vernunft angeleitet und daher von zeitübergreifender Konstanz geprägt.

⁸ So ist festzustellen, dass eine Vielzahl der Beispiele, die C. Le Bart in seinem Werk *Le discours politique* für den politischen Diskurs anführt, einen starken Bezug zur Wirtschaft aufweisen (Le Bart 1998).

Zwischen 2005 und 2007 sind es diese Berufsgruppen, die sich an den wichtigsten Orten der Debatte engagieren: *Le Figaro*, *Le Monde*, *Libération*, *Le Point* etc. Sie regen eine Debatte an, die in erster Linie von liberalen Zeitungen oder Magazinen getragen werden und zu Gunsten des künftigen Präsidentschaftskandidaten der Republik wirken, wenn auch die Zeitschriften durchaus die voneinander abweichenden Standpunkte verschiedenster Akademiker wiedergeben, um den Anschein von Repräsentativität zu wahren. Dennoch setzte sich die Forderung nach einem Bruch mit dem französischen Gesellschaftsmodell als dominanter Standpunkt durch.

Dass der Begriff *französisches Gesellschaftsmodell* und die ihn legitimierende ökonomische Argumentation im politischen Diskurs so erfolgreich waren, ist natürlich auch dem Einsatz und der besonderen Autorität eines zentralen politischen Akteurs zuzurechnen, der im scharfen Konkurrenzkampf um die Deutungshoheit obsiegte. Tatsächlich ist diese Entwicklung untrennbar mit dem Aufstieg Sarkozys während der letzten Amtsperiode von Präsident Chirac verbunden: Um sich von Chirac abzuheben, versucht der damalige Minister des Inneren und Präsident der UMP all das in den Vordergrund zu stellen, was ihn von der Tradition trennt, die mitunter als gaullistisch und technokratisch beschrieben und vom Präsidenten der Republik und seinem Premierminister Dominique de Villepin verkörpert wird. Die Haltung, die Sarkozy gegenüber dem französischen Gesellschaftsmodell einnimmt, ist einer der Stützpfeiler dieser Abgrenzungsstrategie: Angesichts von Akteuren, die beabsichtigen, alles zu tun, um dieses Modell zu bewahren (indem sie es reformieren und anpassen), streicht er in vielen seiner Redebeiträge die Notwendigkeit einer radikaleren Veränderung heraus. Dabei setzt er voraus, dass das bisherige französische Gesellschaftsmodell gescheitert ist, und zwar in erster Linie in Bezug auf die Beschäftigungssituation. Zu Beginn der Durchsetzung dieses Interpretationsrahmens haben Sarkozys Einlassungen das Medienecho, das in der Folgezeit mit Bezug auf diesen Begriff erklang, in hohem Maße geprägt. Zwar hat es ab 2006 diverse Versuche der Reproblematisierung seitens der akademischen Welt oder wissenschaftlicher Experten gegeben, diese aber blieben hinsichtlich der globalen Ausrichtung der politischen und wirtschaftlichen Debatte relativ bedeutungslos. Nachdem die öffentlichen Äußerungen Sarkozys ab 2006 unter dem direkten Einfluss seines Redenschreibers Henri Guaino eine andere Richtung nehmen (Calvet und Véronis 2008), tritt die Thematik „französisches Gesellschaftsmodell“ 2007 während der Präsidentschaftswahlkampagne wieder verstärkt zutage, und zwar ohne nennenswerte Neuerungen im Vergleich zu 2005. Das französische Gesellschaftsmodell wird im Wesentlichen als eines dargestellt, das die Erwartungen im

Hinblick auf die Beschäftigung nicht erfüllt, was seine rasche Reform als unausweichlich erscheinen lässt.

Während des Zeitraums von 2005 bis 2007 hat Sarkozy seinen Einfluss auf die Union pour un Mouvement Populaire (UMP), deren Präsident er seit November 2004 ist, gefestigt und seine Strategie zur Eroberung der Präsidialmacht ausgebaut, so dass sie nun die ideologische Eroberung der Rechten einschloss. Diese Strategie brachte ihn nicht nur mit Chirac und Jean-Pierre Raffarin in Konflikt, die versuchten, ihn zu „zügeln“, sondern auch mit dem Außenminister Villepin, der angesichts des Aufstiegs des Präsidenten der UMP nach dem Sieg des „Nein“ zwangsläufig zum letzten „politischen Trumpf“ Chiracs wurde.

Als Reaktion auf die Anti-Nein-Strategie von Raffarin äußert Sarkozy am 12. Mai 2005 im Rahmen einer der letzten Ansprachen der Referendumskampagne zum Verfassungsvertrag die Ansicht, dass das französische Gesellschaftsmodell in „vielen Bereichen versagt hat“ und er unterstreicht die Notwendigkeit, wenigstens einen Teil des bisherigen Modells zugunsten effizienterer ausländischer Ansätze aufzugeben. Er vollzieht dabei seine persönliche Variante der *Benchmarking*-Praxis und bewertet die Qualität eines Gesellschaftsmodells anhand eines Kernindikators (hier: der Arbeitslosen- oder Beschäftigungsquote) und fordert den Einsatz bereits bewährter *Best Practices* ein. Diese Argumentation stellt die Weichen für den herrschenden politischen Diskurs über das Gesellschaftsmodell: die schwache Leistung des französischen Modells lässt sich an den an die Arbeitslosenrate gebundenen Indikatoren (Beschäftigungsrate, Dauer der Arbeitslosigkeit usw.) ablesen und erfordert umfassende Veränderungen.

„In jedem EU-Land gibt es Bereiche, in denen andere Länder erfolgreicher sind. Wer könnte uns vorwerfen, das Beste für Frankreich zu wollen? Das ist keine ideologische Tarnung, es geht lediglich darum, sich von denjenigen in Europa inspirieren zu lassen, denen es gelungen ist, den Weg zur Vollbeschäftigung zu finden, und die Methoden derjenigen zu verwerfen, die unaufhaltsam in der Massenarbeitslosigkeit versinken. Ganz im Gegenteil: Es ist ideologische Verblendung, unserem Land das vorzuenthalten, was sich anderweitig bewährt hat. Ich sage das, weil meiner Meinung nach das beste Gesellschaftsmodell dasjenige ist, das jedem einen Arbeitsplatz verschafft. Also ist es nicht mehr das unsere! Beschäftigung für alle, das ist eine große soziale Ambition. Europa ist der beste Anlass, Frankreich aufzuwecken, es in Bewegung zu bringen, ihm neue Energie zu verleihen.“ (Sarkozy 2005b)

Die Rede von Sarkozy vom 12. Mai 2005 lässt sich gewissermaßen als „Antrittsrede“ verstehen, da der Verfasser, der bereits über ein beträchtliches politisches Kapital verfügt, welches ihn bei der Präsidentschaftswahl zum natürlichen Kandidaten der Rechten macht,

hier sichtbar eine Strategie verfolgt, die auf der Abgrenzung von Chirac und seinem Umfeld basiert⁹. Die Annahme, dass der Verweis auf das französische Gesellschaftsmodell ihm als ein ideologischer Marker dieser Distanz dient, drängt sich umso mehr auf, wenn man in Betracht zieht, dass die unmittelbaren Konkurrenten Sarkozys dessen Befund praktisch akzeptieren. Hinsichtlich der konkurrierenden Gesellschaftsmodelle, die für Frankreich in Frage kommen, bleibt die Ansprache unklar: Das angelsächsische Modell steht für Frankreich nicht als wünschenswerte Alternative zur Debatte, das dänische Modell, das im Mittelpunkt der europäischen Diskurse steht, wird hier und auch in der Folge nicht erwähnt, sieht man einmal von einem seiner wichtigsten Merkmale, der Kombination von Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und Sicherheit für die Arbeitnehmer, ab.¹⁰

Das Argumentationsmuster, das dieser ersten Stellungnahme zugrunde liegt, ist relativ simpel, weil es auf vermeintlich unverrückbaren Tatsachen und auf zwei weitgehend impliziten „theoretischeren“ Vorschlägen basiert. Im Vergleich zu anderen Ländern erzielt Frankreich in Bezug auf den sozialen Bereich nicht die besten Leistungen. Der Weg zur Schlussfolgerung verläuft über zwei implizite theoretische Annahmen: Die Leistungen im sozialen Bereich werden zunächst am Ausmaß der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigung gemessen. Und die sozialen Leistungen eines Landes hängen vom Gesellschaftsmodell (hier den „Maßnahmen“) dieses Landes ab. Das führt zu einer simplen (normativen) Konsequenz: Man muss sich im Ausland die Maßnahmen anschauen, die zu besseren Leistungen führen, und diejenigen (zumindest teilweise) verwerfen, die das französische Gesellschaftsmodell charakterisieren, und damit das französische Gesellschaftsmodell an sich.

Es ist dieser Logik zufolge also an der Zeit, das französische Gesellschaftsmodell in seiner aktuellen, ineffektiven Form aufzugeben und andere Modelle mit im Hinblick auf die Beschäftigung und Arbeitslosigkeit effektiveren Maßnahmen zu übernehmen. Diese Maßnahmen werden jedoch nicht explizit zur Sprache gebracht, ebenso wenig wie die Merkmale des französischen Modells, die es ineffizient machen und die es daher zu verwerfen gilt. Auffällig ist auch der extrem vage Charakter der Bestimmung des Begriffs Gesellschaftsmodell in Sarkozys Rede: Implizit handelt es sich dabei um die Gesamtheit der Maßnahmen zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. In diesem Rahmen ist das französische Gesellschaftsmodell kontextuell beinahe gleichbedeutend mit der Arbeitslosenrate und die

⁹ Man kann die Bedeutung dieser Rede allein schon an der Anzahl der Beiträge von Journalisten und anderen politischen Akteuren ermessen, die darauf Bezug nehmen und sie so in den Rang des eigentlichen Auslösers der „Debatte“ über das Gesellschaftsmodell erheben.

¹⁰ Von 2010 an ist das „deutsche Modell“ der Hauptbezugspunkt in der öffentlichen Debatte, aber auch in den Auseinandersetzungen der politischen Autoritäten.

Änderung des Modells als eine Arbeitsmarktreform zu verstehen, um einmal den ökonomischen Jargon zu bemühen, den man bei der EU-Kommission pflegt. Die Stellungnahmen von Sarkozy Ende 2006 zur Notwendigkeit eines „einheitlichen Arbeitsvertrags“, der zugleich mehr Sicherheit gibt (als der CDD) und flexibler ist (als der CDI),¹¹ zur Reform der Institutionen für die Verwaltung der Arbeitslosigkeit und zur Liberalisierung des Arbeitsmarktes verstärken zumindest zeitweise das enge Band zwischen dem generischen Diskurs zum Gesellschaftsmodell und den Reformvorschlägen, die auf Arbeiten von Ökonomen wie Pierre Cahuc zurückgehen, der sich gemeinsam mit anderen Mitgliedern des Rats für Wirtschaftsanalysen für eine Vereinheitlichung von Arbeitsverträgen einsetzt.

Am 21. Mai 2005 spricht Sarkozy in einem Interview in der *Télégramme de Brest* ziemlich ausführlich zu diesem Thema. Diesmal verknüpft er das „Gesellschaftsmodell“ nicht nur mit den schwachen Leistungen (einer erhöhten Arbeitslosenrate), sondern auch mit einem wesentlichen Charaktermerkmal, das implizit als Bremse dargestellt wird: dem „Statusschutz“. Die argumentative Strategie ist allerdings nun etwas komplexer, da gewisse „Dinge“ im „französischen Gesellschaftsmodell“ zu „erhalten“ sind, etwa der „garantierte Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, die Garantie, die Gesundheitsausgaben erstattet zu bekommen oder die Arbeitslosenunterstützung zu erhalten“. Es handelt sich um das, was andere, beispielsweise Chirac-Anhänger, „Prinzipien“ nennen. Die Forderung nach einem Gleichgewicht zwischen den Prinzipien, die es zu schützen gilt, und den Elementen, die zu erneuern sind, definiert die am weitesten verbreitete, moderat neoliberale Position im Diskurs über das „französische Gesellschaftsmodell“.

„[Télégramme de Brest] Dieselben Umfragen zeigen, dass die Wähler von 18 bis 64 Jahren zum größten Teil für „Nein“ stimmen. Für ein „Ja“ erwärmen sich lediglich die über 65-Jährigen. Was ist zu tun, damit die Erwerbstätigen ins „Ja“-Lager wechseln? [Sarkozy] Das Problem besteht darin, dass die Erwerbstätigen dieses Landes besorgt sind und sich fragen, ob sie ihre Beschäftigung behalten. Die uns bekannte Arbeitslosenrate ist viel zu hoch, viel höher als die vieler unserer Partner. Das ist beunruhigend und erklärt sich durch die Tatsache, dass wir eine andere Politik betrieben haben als die anderen Mitgliedstaaten. Man kann nicht danach streben, europäisch zu sein, und dann die 35-Stunden-Woche einführen, wenn die anderen das nicht tun. Ich sage ja zu Europa und zur Verfassung, damit Frankreich ein Gesellschaftsmodell übernimmt, das in der Lage ist, jedermann mit Arbeit zu versorgen. Unser aktuelles Modell bietet keinen Beschäftigungsschutz. Es schützt den Status quo. Natürlich gibt es im französischen Gesellschaftsmodell Dinge, die bewahrt

¹¹ CDD („contrat à durée déterminée“) und CDI („contrat à durée indéterminée“) bezeichnen die zu diesem Zeitpunkt geltenden staatlichen Rahmenregelungen für befristete und unbefristete Arbeitsverhältnisse.

werden müssen, z. B. die Garantie des Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen, die Garantie einer Erstattung der Gesundheitskosten oder die Arbeitslosenunterstützung. Aber, und das möchte ich betonen, die Sozialhilfe (RMI) ist keine wirkliche soziale Errungenschaft. Mit RMI lebt man nicht, sondern man überlebt. Die echte soziale Errungenschaft ist das jedem gegebene Recht, seine Familie durch die Früchte seiner Arbeit zu ernähren. Ich füge hinzu, dass man, wenn man ein von der nationalen Solidargemeinschaft erbrachtes soziales Minimum erhält, im Gegenzug eine Leistung zugunsten des Kollektivs erbringen muss.“ (Télégramme de Brest 2005)

1-2 Sentences of interpretation

Anfang September 2005, nach zwei Monaten, in denen die Debatte zum französischen Gesellschaftsmodell besonders in der zweiwöchentlich erscheinenden „sarkosistischen“ Zeitschrift *Le Point* eine erste medial-intellektuelle Ausbreitung erfahren hat, macht Sarkozy anlässlich der Sommeruniversität der Jeunes Populaires in La Baule einen erneuten Vorstoß. Die wiederholte Anrufung Frankreichs kennzeichnet eine Entwicklung der Diskursbeiträge Sarkozys, der nun eine nationale Regeneration und die Erfindung eines *neuen Gesellschaftsmodells* propagiert.

„Wir müssen ein neues französisches Gesellschaftsmodell erfinden, dessen höchste Priorität es ist, jedem Franzosen, von wo er auch kommen mag, den sozialen Aufstieg zu ermöglichen, sofern er sich darum bemüht und ihn sich so verdient. Achtung! Für mich geht es nicht darum, jedem den Erfolg zu versprechen, so wie es die Demagogen tun. Es geht darum, ihn all denen zu garantieren, die ihn sich als Belohnung für ihre Arbeit, ihre Mühen, ihre Leistung verdient haben. Der Erfolg und der soziale Aufstieg sind keine Bringschuld, die jeder für sich beanspruchen kann, der sich am Schalter anstellt, sie sind vielmehr ein Recht, das man sich im Schweiß seines Angesichts verdient. Das ist die republikanische Botschaft. Das ist der Schlüssel des neuen französischen Gesellschaftsmodells, das ich mir herbeigewünscht habe. Dieses neue französische Modell ist ein Modell, in dem Nivellierung, Egalitarismus und die Verteilung nach dem Gießkannenprinzip keinen Platz mehr haben. Es ist ein Modell, in dem die Arbeit die Basis für alles ist, da man entlohnt, motiviert und gefördert wird. Ein Modell, in dem man keine Hemmungen mehr haben muss, denjenigen höher zu entlohnen, der mehr arbeitet, und gleichzeitig demjenigen zu helfen, der die meisten Benachteiligungen erfährt. Ein Modell, in dem der soziale Aufstieg wieder ein für alle erreichbares Ziel ist. Endlich ein Modell, in dem jede französische Familie sich sagen kann, dass die Kinder vertrauensvoll in die Zukunft schauen können, weil sie die Gelegenheit haben werden, ihren Platz zu finden. Letzten Endes geht es um nichts Geringeres als darum, den Franzosen und Frankreich die Hoffnung wiederzugeben. Ja, Frankreich! Ein Wort, das man nicht oft genug ausspricht. Frankreich, das ist nicht nur eine Geschichte, eine Vergangenheit, ein Souvenir, oder sogar eine Nostalgie. Frankreich, das ist eine Nation, die der Welt oft den Weg gewiesen hat, die aber mitunter den Eindruck erweckt, sich auf den gesammelten Lorbeeren auszuruhen, und das seit vielen Jahren. Frankreich kann nicht ausschließlich auf das Prestige seiner glorreichen Geschichte zählen, wenn es unter den großen Nationen der Welt verbleiben will. Frankreich darf den Gedanken nicht zulassen, dass nur andere Länder

Anstrengungen für ihren Platz in der Welt auf sich nehmen müssen und es selbst hiervon ausgenommen wäre. Jedes Land auf der Welt hat den Status, den es sich durch seine Arbeit und seine Anstrengungen verdient. Nichts ist in Stein gemeißelt. Angesichts der zahlreichen Arbeitslosen, der vielen Armen und Ausgegrenzten kann Frankreich nicht länger behaupten, das beste Gesellschaftsmodell zu besitzen. Frankreich muss wieder für diejenigen attraktiv werden, die erfolgreich und innovativ sein möchten, die Ideen einbringen, für Menschen mit Erfindergeist und Kreativität. Frankreich ist aber nur für die einladend, die sonst niemand auf der Welt haben will. Wir wollen die Besten in Frankreich.“ (Sarkozy 2005a)

Dieser diskursive Um- und Aufschwung schlägt sich auch im Titel des Wirtschaftsprogramms der UMP vom 7. September 2005 nieder: „[Das] neue französische Modell: Arbeit für jeden, Kaufkraft für alle“. Im Umfeld des Präsidenten der UMP und seiner Partei ist der Begriff des französischen Modells so gleichsam zu einem Instrument der ideologischen und politischen Mobilisierung geworden.

Zusammenfassend zeigt sich: Im Laufe der Zeit ist es Sarkozy gelungen, sich des Begriffs des „französischen Gesellschaftsmodells“ zu bedienen. Er hat es verstanden die durch diesen Begriff ins politische Feld transponierte wissenschaftliche Autorität zur Mobilisierung seiner Anhänger und Wähler zu nutzen, d.h. diese in genuin politisches Kapital umzumünzen. Gleichwohl konnte dies Sarkozy nur gelingen, da der Begriff in der öffentlichen Debatte Frankreichs schon eingeführt war und zugleich die Struktur des politischen Feld Frankreichs und die europäische Konstellation einen solchen reformistischen Wettbewerbsdiskurs von rechts begünstigten. Auch gilt es zu verstehen, dass es in letzter Instanz keineswegs die Person Sarkozy war, die den Begriff umzudefinieren vermochte, sondern sich vielmehr prä-existente Logiken in dessen Diskursbeiträgen Geltung verschafften.

Gerade in der heutigen Zeit, in der sich ein neuer Präsident mit dem Schlagwort „libération de la croissance“ (Entfesselung des Wachstums), das wie ein fernes Echo auf „écarter les obstacles à une croissance harmonieuse“ (Die Hindernisse eines harmonischen Wachstums beseitigen) des Rueffe-Armand Reprints von 1959 klingt und ein seit dem in der öffentliche Debatte Frankreichs präsenster Topos ist, dazu anschickt, das Gesicht Frankreichs zu verändern und Grundzüge der französische institutionellen Ordnung zu reformieren, ist es notwendig soziologisch offenzulegen, woher die Kraft solcher semi-wissenschaftlicher Konzepte stammt und wie sie in der öffentlichen Debatte ihre politische Wirkung entfalten.

5. Die Bildung einer Doxa: abwertender Vergleich und Ausweitung des Wirtschaftsdiskurses

Der von diversen Beobachtern ausgemachte angestiegene Einfluss von Wirtschaftsdiskursen im Alltag verweist nicht nur auf die relative Expansion eines spezifischen feldspezifischen Registers auch wenn dies, was noch genauer zu analysieren ist, zweifellos eine der sichtbarsten Manifestationen darstellt (siehe Maris 1990). Er zeigt sich gerade auch in der Neudefinition oder der ökonomischen Einbettung von Wörtern oder Redewendungen, die ursprünglich nicht als ökonomisch oder als Träger ökonomischer Implikationen galten. Wirtschaftsdiskurse können in der Tat als *besondere Quelle von impliziten oder expliziten Normen für die Beurteilung* von sozialen Realitäten (Institutionen, Praktiken, Akteuren usw.) definiert werden, auf die von unterschiedlichen Sprechern (Vorgesetzten, Gewerkschaftlern, politischen Akteuren, hohen Funktionären, Ökonomen, Journalisten, ...) in den verschiedensten Kontexten zurückgegriffen wird. Diese breite Streuung trägt übrigens wiederum zur Effektivität der Normdurchsetzung bei. Ökonomen und Wirtschaftswissenschaften funktionieren insofern als symbolische Bürgen, die zugleich Argumentationsmaterial und -techniken bereithalten, die zur Entwicklung und Förderung polit-ökonomischer Maßnahmen und Orientierungen von Nutzen sind (Fourcade, 2010).

Wirtschaftsdiskurse als Produkte spezieller Perspektiven auf die Gesellschaftsordnung, befördern damit gewisse Gedanken- und Handlungsschemata: geldpolitische Maßnahmen, Kosten-Nutzen-Rechnung, Effizienzmaximierung, Leistungsvergleich usw. Die soziologische Analyse der Wirtschaftsdiskurse muss sich den Prozessen widmen, die eine derartige Normdurchsetzung im Diskurs ermöglichen. Die hier zugrunde gelegte Perspektive auf den Begriff „Gesellschaftsmodell“ verweist auf eine spezifische Doxa, einen „fertig zugeschnittenen Standpunkt, der Meinung beschreibt“ (Sarfati, 2005) und der sich in „Formeln“ niederschlägt, die auf komplexe Weise im öffentlichen Raum und medialen Diskursen zirkulieren (Krieg-Planque, 2009). Dieser Erfolg kann als das Produkt der Verallgemeinerung einer diskursiven und kognitiven Praxis verstanden werden: den *abwertenden Vergleich*. Hierbei handelt es sich um eine der zeitgenössischen Erscheinungsformen einer besonderen, um sich greifenden und zugleich sehr effizienten Ausprägung des Wirtschaftsdiskurses. Die besondere Wirksamkeit dieser spezifischen Doxa wird nicht zuletzt durch Agenten bereitgestellt, die als Vermittler des Wirtschaftsdiskurses in Erscheinung treten. Diese Praxis befördert eine bestimmte ökonomische Haltung, die dazu

beiträgt, dass die Formel „französisches Gesellschaftsmodell“ im öffentlichen Diskurs frei zirkulieren kann.

5.1 Zwischen „schwarzmalerischem“ Essayismus und wissenschaftlichem Vergleichen

Der Erfolg des Begriffs „Gesellschaftsmodell“ wurde seit langer Zeit durch die mehr oder weniger kurzlebigen intellektuellen und medienwirksamen Erfolge der skandinavischen oder nordischen, deutschen, japanischen, amerikanischen, englischen, niederländischen, schwedischen, dänischen usw. Modelle vorbereitet, die den politischen Entscheidungsträgern, die sich mit einer „blockierten Gesellschaft“ (gemäß dem von Michel Crozier 1970 eingeführten Begriff) konfrontiert sahen, der Reihe nach oder gleichzeitig als Alternativlösungen angeboten wurden. Die Infragestellung des französischen Gesellschaftsmodells kann als Ergebnis einer ideologischen Dynamik gedeutet werden, die sich schon in den früheren 1980er Jahren mit dem Thema der Krise des Wohlfahrtsstaates herauskristallisiert hat.

Ideologie-Entrepreneure, die von den Medien unter dem Label „Déclinistes“ (Anhänger des Niedergangs und der Schwarzmalerei) geführt werden, treten seit mehreren Jahren als Förderer dieser Sichtweise auf, indem sie mit Nachdruck auf Frankreichs Absturz im internationalen Vergleich hinweisen (siehe insbesondere Baverez 2005, 2006). Seit 1994 wird Frankreich als eine negative Ausnahme im Bereich der Beschäftigungspolitik charakterisiert, eine Einschätzung zu der Denis Olivennes, ein hoher Funktionär und Unternehmensführer, mit dem viel zitierten Beitrag *Präferenz Frankreichs für die Arbeitslosigkeit* (Olivennes, 1994) in den „Notes de la Fondation Saint-Simon“ entschieden beigetragen hat. Dieses Thema bleibt ein Leitmotiv der ökonomischen Debatte, vor allem im Hinblick auf die Jugendarbeitslosigkeit. Stets um die Leistungen des französischen Arbeitsmarktes kreisend bringt dieser Diskurs seitdem fortlaufend ökonomische Essays und offizielle Berichte hervor und macht dabei vor allem die Praktiken des *Benchmarkings* hoffähig, einer Führungstechnik von Managern, die darin besteht, die Leistungen diverser Einheiten auf der Basis eines quantitativen Indikators zu vergleichen. Das hat eine 2007 durchgeführte Befragung gezeigt (Lebaron###), wobei die Aussage eines Experten des Institut Montaigne exemplarisch ist:

„Die Entwicklung der Debatte wurde ebenfalls entscheidend dadurch befördert, dass auch die französischen Journalisten mehr und mehr Benchmarking betrieben haben: vor

drei, vier Jahren war es nicht möglich, die Position zu vertreten, dass es Dinge im Vereinigten Königreich gibt, die zu übernehmen sinnvoll wäre, man konnte das nicht sagen, wohingegen man heute fast täglich Dinge im TV sieht, die anderswo gut laufen“.

Es gibt durchaus auch wissenschaftlichere Varianten des abwertenden Vergleichs: 2005 beschrieb Olivier Blanchard, Professor für Wirtschaftswissenschaften am Massachusetts Institute of Technology, Frankreich im Hinblick auf seine Leistungen im Bereich der Beschäftigungspolitik (Arbeitslosenrate, Dauer der Arbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeitsrisiko, ...) als negative „Ausnahme“ (Blanchard, 2005). Kurz danach führte André Sapir, Professor an der Freien Universität Brüssel, im Rahmen des Institut Bruegel eine Studie zu den „Reformen der europäischen Gesellschaftsmodelle“ (Sapir, 2005) durch, die eine Schwäche des „kontinentalen Modells“ ausmachte, dem auch Frankreich zugeordnet wurde.¹² Seither haben diverse Arbeiten das Scheitern der französischen Gesellschaft in verschiedener Hinsicht (bspw. bezüglich des Misstrauens oder des Elitismus des Schulsystems) hervorgehoben. Auch dieser Topos des Scheiterns ist nicht ohne das Zusammenwirken wirtschaftswissenschaftlicher bzw. wissenschaftsnaher Legitimationseffekte und politischer Diskursbeiträge zu verstehen. Und auch hier sind die Einbettungsverhältnisse der Felder und Diskurse in europäische (und globale Kontexte) als wesentlich zu begreifen.

5.2 Politische Impulse und ehrenrührige Rankings

Ein erster großer politischer Impuls, der von der EU kam, beförderte den medialen und intellektuellen Erfolg der internationalen Vergleiche: die Lissabon-Strategie, die zur Institutionalisierung internationaler Rankings in der EU beigetragen und sie mit einer neuen Regierungstechnik verbunden hat, die auf dem Dreisatz des „naming – shaming –blaming“ basiert (vgl. Bruno 2008). Im Zuge der Verbreitung indikatorbasierter Politik werden Rankings zu einer systematisch eingesetzten Praxis, so in Frankreich in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre im Rahmen des Organisationsgesetzes zu den Finanzmechanismen („loi organique sur les lois de finance“, LOLF). In der Folgezeit entwickelt sich in der

¹² Sapir (2005, S. 5 f.) unterschied vier Gesellschaftsmodelle: „die nordischen Länder, die hohe Sozialausgaben tätigen und einen umfassenden Schutz ihrer Bürger bieten; die angelsächsischen Länder, die nur in letzter Instanz Sozialfürsorge gewähren; die kontinentalen Länder, die Sozialversicherungs-, Arbeitslosengelds- und Rentenzahlungen zusichern; die mediterranen Länder, die einen Großteil ihrer Sozialausgaben in Rentenzahlungen stecken und ungleiche Bedingungen hinnehmen. Die Leistungen der vier Gruppen werden verglichen, das Urteil ist unmissverständlich: Die Modelle der mediterranen und kontinentalen Länder sind zu verwerfen. (...). Das kontinentale Modell, dem Frankreich zuzuordnen ist, benötigt dringendst Reformen.“

ökonomischen und sozialen Debatte in Frankreich ein weit gestreutes Ensemble von Diskursen, die die erfolgreichen ausländischen Erfahrungen loben und in die Klage über die schlechten französischen Leistungen einstimmen¹³. Eine Generalisierung des *abwertenden Vergleichs* ist zu beobachten: Frankreichs Gesellschaftsmodell zeigt sich hinsichtlich seiner Leistungen als *Gegenmodell* und aufgrund dieses Befundes ist die Notwendigkeit von Reformen nicht mehr von der Hand zu weisen.

Unter den zahlreichen Beispielen für die schlechten Leistungen Frankreichs in verschiedenen Bereichen stellt das Shanghai-Ranking der Universitäten, auf das sich politische und administrative Reformer berufen, eine Art Paradigma dar. Dieses Ranking, dessen Methoden durchaus Gegenstand von Kritik sind, führt unter den 100 ersten Universitäten der Welt nur eine kleine Anzahl französischer Universitäten auf. Dieser Umstand wird als unwiderlegbarer Beweis dafür gewertet, dass Frankreich auch in der Wissenschaft eine schlechte Performanz liefert. In identischer Weise gibt der Vergleich der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaften, der jedes Jahr vom World Economic Forum durchgeführt wird, Anlass zu einer Fülle von negativen Befunden über die Schwäche (und/oder den Niedergang) der französischen Wettbewerbsfähigkeit. Im Laufe der 2000er Jahre setzt sich die Vergleichswut auch bezüglich der Rechts-, Bildungs- und Gesundheitssysteme¹⁴ usw. durch und wird damit zur Alltäglichkeit: alle Sparten werden der *Politik des Vergleichs* und damit einer Neubewertung unterworfen, die die französischen Leistungen herabsetzt.

Die Sonderausgabe der Zeitschrift „Capital“ mit dem Titel *L'état de la France 2010* (Der Zustand Frankreichs) vom Dezember 2009 veranschaulicht nicht nur die Permanenz des systematischen Vergleichs (basierend auf einer Gegenüberstellung von „wir“ und einem sehr variabel definierten „Rest der Welt“) in verschiedenen Diskursen, sondern auch die Techniken, mittels derer vermeintliche Fakten präsentiert werden (nachfolgende Zitate siehe Capital 2009):

- „Die Dauer der Arbeitslosigkeit ist bei uns höher als anderswo.“ – Dieser Satz steht als Kommentar unter einer auf OECD-Daten basierenden Grafik, die sieben Länder vergleicht; Frankreich belegt hierbei den vorletzten Platz;
- „Die Erwerbsquote unserer Senioren ist eine der schwächsten weltweit.“ – Auch hier (im Vergleich der Beschäftigungsquoten der 55- bis 64-Jährigen in %) landet Frankreich unter

¹³ Eine Geschichte des abwertenden Vergleichs liegt leider noch nicht vor. Wir stellen hier nur erste Denkanstöße und Analyseansätze zur Verfügung.

¹⁴ Die Veröffentlichung eines Rankings der attraktivsten Rechtssysteme durch die Weltbank ist Auslöser einer ausufernden Debatte unter den französischen Juristen; zum Gesundheitssystem vgl. Pierru 2007.

sieben Ländern auf dem vorletzten Platz, allerdings sind die Länder nicht dieselben wie im vorhergehenden Vergleich; fünf davon unterscheiden sich!

- „Das Image des Finanzplatzes Paris verschlechtert sich.“ – Gemäß einer vom World Economic Forum vorgenommenen Einstufung fällt Frankreich vom 6. Platz im Jahre 2008 auf den 11. Rang im Jahr 2009 zurück. Die Tabelle listet lediglich acht Länder, und wieder liegt Frankreich an vorletzter Stelle;
- „nur Japan und Italien sind höher verschuldet als wir.“ – Auf einer Grafik, die nur sechs Länder darstellt, belegt Frankreich Platz 4;
- „[unsere Zwangsabgaben] sind unter den höchsten weltweit“; „neben Italien und Schweden gehört unser Land zu den Meistern der fiskal-sozialen Belastung“; „alle unsere großen Konkurrenten können weniger hohe Pflichtabgaben als die unseren vorweisen.“ – Es folgt eine Grafik, die Frankreich an der Spitze von sechs Ländern zeigt;
- „Unsere Verwaltung gehört zu den verschwenderischsten weltweit“; „Lediglich Schweden übertrifft uns. Aber dort investiert der Staat mehr Gelder in die Forschung und die Ausgaben für das Bildungswesen und den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit werden nicht für ihre mangelnde Effizienz getadelt.“ – Kommentar zu einer Grafik, die wiederum sieben Länder zeigt.

1-2 Sentences of interpretation

Die möglichen Quellen des abwertenden Vergleichs sind unerschöpflich und dazu angetan, bei jeder beliebigen Gelegenheit reaktiviert zu werden. In den Jahren 2007 und 2008 hat der Bericht der „Commission pour la libération de la croissance française“ (Kommission zur Entfesselung des französischen Wachstums) diesen Prozess erheblich beschleunigt. In den Jahren 2010 und 2011 erwies sich dann das Comeback des „deutschen Modells“ in der nationalen Debatte als deutlichster Ausdruck des beschriebenen Prozesses.

Die Thematik des *französischen Gesellschaftsmodells* lässt sich somit als ein Beispiel verstehen, an dem die aktuelle Ausdehnung der Praxis des ehrenrührigen Rankings auf unterschiedlichste soziale Bereiche sichtbar wird. Dies ist die „vulgäre“ oder eben einfach: die politische Form, da sie sich über das politische Feld des abwertenden Vergleichs hinaus ausbreitet, was ausschließlich mittels Agenten, die über starkes symbolisches Kapital verfügen, möglich ist.

6. Fazit

Am Beispiel des Begriffs „Gesellschaftsmodell“ haben wir Modalitäten der Durchsetzung der „Wirtschaftsdiskurse“ und bestimmter wirtschaftlicher Normen herausgearbeitet. Hierbei konnten wir die Entwicklung des Begriffs „Gesellschaftsmodell“ nachzeichnen und aufzeigen, welche Bedeutung dieser für die Referendums- und Postreferendumsphase und den heftigen Konkurrenzkampf zwischen Sarkozy und Chirac hatte sowie letztlich die französische Gesellschaft als ganzer hatte.

Während einer ersten Verwendungsphase des Begriffs ist es die Konkurrenzsituation, die den politischen Kontext definiert, in dem sich die auch von Journalisten und Experten geführten Diskurse zum Gesellschaftsmodell entfalten. Die zweite große Phase, in der eine neue Bedeutung des Begriffs „Gesellschaftsmodell“ etabliert wird, geht mit einem relativen, vor allem medialen Autonomiegewinn in der Begriffsverwendung einher. Zu Beginn des Jahres 2006 wird die Debatte von unterschiedlichen Medien befeuert, die sie in Gang halten und Stellungnahmen von Experten zunehmend mehr Platz einräumen, schläft dann jedoch im Laufe des Jahres, sieht man von einer durch die Sozialbewegung gegen das Gesetz zum „Contrat première embauche“ (Vertrag zur Ersteinstellung, CPE) ausgelösten Episode, mangels politischer Aktualität langsam ein: Villepin, von Sarkozy zunehmend ins Abseits gedrängt, kann sich nicht mehr als glaubhafte Alternative präsentieren. 2007 tritt der Begriff Gesellschaftsmodell während des Präsidentschaftswahlkampfes erneut in Erscheinung, allerdings an weniger prominenter Position: Im Kontext einer Kampagne, in der die Wortwahl entscheidend war, setzten sich andere diskursive Strategien durch (Calvet und Véronis 2008). Dennoch bleibt der 2005 konstruierte Deutungsrahmen präsent und kann jederzeit aktiviert werden, wie sich an der oben diskutierten Sonderausgabe der Zeitschrift *Capital* zeigt. Erst mit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise ab September/Okttober 2008 gerät dann auch dieser Deutungsrahmen ins Wanken, besonders im sarkozystischen Diskurs.

Die wachsende Bedeutung der Wirtschaftsdiskurse ist nicht nur und möglicherweise nicht einmal hauptsächlich auf die gesteigerte Präsenz von Ökonomen im öffentlichen Raum zurückzuführen. Wie wir gezeigt haben, sind die für diesen Wandel zentralen Sprecher nicht notwendigerweise Berufsökonominnen, obwohl der Bezug zur Wirtschaftswissenschaft Teil ihres rhetorischen Repertoires ist und die meisten von ihnen in Verbindung mit dem Feld der Wirtschaftswissenschaften (einschließlich ihrer akademischen oder wissenschaftlichen Dimension) stehen. Vor allem stützen sie sich systematisch auf eine Form der sozialen Autorität, die es ihnen erlaubt, eine Reihe von Analyseschemata durchzusetzen, die auf

ökonomischen Argumentationen oder Arbeiten basieren. Wir zeigten insbesondere, dass der Wirtschaftsdiskurs sich über die vermittelnde Autorität spezifischer zentraler Akteure des politischen Feldes Geltung verschafft, denen es gelingt, argumentative und symbolische Ressourcen zu mobilisieren und sich das symbolische Kapital vor allem jener Ökonomen zunutze zu machen, die einer breiteren Öffentlichkeit zugewandt und bekannt sind. Ihre volle Performativität entwickeln Wirtschaftsdiskurse, weil sie mit einem Rückgriff der politischen und medialen Akteure auf ökonomische Denk- und Aktionsschemata einhergehen, die den „Realitäten“, die sie auf den Plan rufen, im Rahmen eines zirkulären Prozesses Substanz verleihen (vgl. a. Muniesa und Callon 2009).

Bemerkenswerterweise zeigte sich, dass das Wirken eines ökonomischen Diskurses aufgezeigt werden kann, obwohl doch nur wenige Ökonomen selbst auf direkte daran beteiligt waren. Dies spricht für die Machtstellung des wirtschaftlichen Feldes, der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplin und letztlich der aus beiden hervorgehenden ‘ökonomischen’ Experten, Begriffe und Denkweisen (Dezalay 1995).

Insofern verweist die hier vorgelegte Analyse auch über den konkreten Anwendungsfall hinaus auf grundlegende Fragen, die das Verhältnis von Feldtheorie und Diskursanalyse betreffen. Derart grundlegende Fragen lassen sich bereits an die Formatierung und Benennung des behandelten Untersuchungsgegenstandes richten: Wo und wie, d. h. in welchen gesellschaftlichen Feldern und in welchen Experten- und/oder Laiendiskursen, entscheidet sich überhaupt erst einmal, welche Auseinandersetzung als “Wirtschaftsdiskurs”, welcher Sprecher als “Wirtschaftsexperte”, welches Argument in einem “Wirtschaftsdiskurs” als zulässig und – noch grundlegender – welche Sachverhalte als ökonomisch relevant wahrgenommen und beschrieben werden? Wagt die Soziologie den Versuch, schon auf dieser Ebene den Blick hinter die scheinbaren Selbstverständlichkeiten der Doxa zu werfen, so zeigt sich, dass keine dieser Fragen losgelöst von gesellschaftlichen Machtverhältnissen gedacht werden kann.

Literatur

- Angermüller, J. (2013). Discours académique et gouvernementalité entrepreneuriale. In M. Temmar, J. Angermüller & F. Lebaron (Hrsg.), *Les discours de l'économie* (71–84). Paris: puf.
- Barats, C. (2013). Diffusion d'un raisonnement économique et du dire managérial: le cas des TIC dans l'enseignement supérieur français. In M. Temmar, J. Angermüller & F. Lebaron (Hrsg.), *Les discours de l'économie* (105–122). Paris: puf.
- Baverez, N. (2005). *Nouveau monde, vieille France*. Paris: Perrin.
- Baverez, N. (2006). *Que faire?* Paris: Perrin.
- Beckert, J., Diaz-Bone, R., & Ganssmann, H. (2007). Neue Perspektiven für die Marktsoziologie. In J. Beckert, R. Diaz-Bone & H. Ganssmann (Hrsg.), *Märkte als soziale Strukturen* (19–40). Frankfurt a. M.: Campus.
- Blanchard, O. (2005). European Unemployment: the Evolution of Facts and Ideas. Massachusetts Institute of Technology, Department of Economics, Working Paper Series, 05-24. <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn/825885>
- Bourdieu, P. (2000). *Les structures sociales de l'économie*. Paris: Seuil.
- Bourdieu, P. (2001). *Langage et pouvoir symbolique*. Paris: Seuil.
- Bourdieu, P., & Boltanski, L. (1976). La production de l'idéologie dominante. *Actes de la recherche en science sociales* 2/3, 3–73.
- Bourdieu, P. (1980). L'opinion publique n'existe pas. In P. Bourdieu (Hrsg.), *Questions de sociologie* (222-235). Paris: Les Éditions de Minuit.
- Bourdieu, P. (2008). *Political Interventions*. London: Verso.
- Bruno, I. (2008). *À vos marques prêts cherchez ... La stratégie de de Lisbonne vers la construction d'un marché de la recherche*. Bellecombès-en-Bauges: éditions du Croquant.
- Capital (2009). L'état de la France 2010, dossier hors-série. *Capital*, Dezember 2009.
- Calvet, J.-J., & Véronis, J. (2008). *Les mots de Nicolas Sarkozy*. Paris: Seuil.
- Chérèque, M.F. (2005). Déclaration de M. François Chérèque, secrétaire général de la CFDT, sur le traité constitutionnel sur l'Europe, l'Europe sociale et le modèle social européen pour les droits sociaux, Paris, 7. April 2005.
- Chirac, M.J. (2001). Discours de M. Jacques Chirac, Président de la République, sur la mission du Conseil économique et social, les relations entre monde associatif, les partenaires sociaux et l'Eta, la protection sociale et le modèle social français, Paris, 19. Dezember 2001.
- Crozier, M. (1970). *La Société bloquée*. Paris: Seuil.
- Denord, F. (2008). *Néo-libéralisme version française. Histoire d'une idéologie politique*. Paris: Demopolis.
- Denord, F., & Schwartz, A. (2010). *L'Europe social n'aura pas lieu*. Paris: Raisons d'agir.
- Duval, J. (2004). *Critique de la raison journalistique*. Paris: Seuil
- Fourcade, M. (2010). *Economists and Societies*. Princeton: Princeton University Press.
- Gengnagel, V., Schmitz, A., & Witte, D. (2016). Die zwei Gesichter der Autonomie: Wissenschaft im Feld der Macht. In: V. Gengnagel, J. Hamann, A. Hirschfeld, & J. Maeße (Hrsg.), *Macht in Wissenschaft und Gesellschaft. Diskurs- und feldanalytische Perspektiven*

(381-421). Wiesbaden: VS Verlag.

Gobin, C. (2000) *Le programme de la Confédération européenne des syndicats. Les congrès de 1995 et 1999*. Brüssel: CRISP.

Guilbert, T. (2011). *L'« évidence » du discours néolibéral. Analyse dans la presse écrite*. Bellecombes-en-Bauges: éditions du Croquant.

Guilbert, T. (2013). La „mise en évidence“ du discours économique par la presse écrite. In M. Temmar, J. Angermüller & F. Lebaron (Hrsg.), *Les discours de l'économie* (139–158). Paris: puf.

Hetzl, A.-M., Lefèvre, J., Mouriaux, R. & Tournier, M. (1970-1990). *Le syndicalisme à mots découverts. Dictionnaire des fréquences*, avec une préface d'Antoine Prost. Paris Syllepse.

IFOP, Institut français d'opinion publique (2005). Les Français et le modèle social français, Sondage IFOP – Acteurs Publics en partenariat avec LCP-AN et METRO, 21. September 2005.

Journal de France (1981). Un exemple, mais pas un modèle. Interview de M. Valéry Giscard d'Estagne sur la situation de la France et l'exercice de la fonction de présidentielle. *Journal de France*, 7. Februar 1981

Krieg-Planque, A. (2009). *La notion de „formule“ en analyse du discours. Cadre théorique et méthodologique*. Besançon: Presses universitaires de Franche-Comté.

Laborde-Milaa, I., & Temmar, M. (2013). Les procédés de légitimation du discours économique dans le texte de presse. In M. Temmar, J. Angermüller & F. Lebaron (Hrsg.), *Les discours de l'économie* (159–173). Paris: puf.

Lebaron, F. (2000). *La croyance économique. Les économistes entre science et politique*. Paris: Seuil.

Lebaron, F., Gallemand, F., & Waldvogel, C. (2009). Le modèle social français (est à bout de souffle). Genèse d'une doxa, 2005–2007. *La Revue de l'IREES* 61, 129–164.

Lebaron, F., & Schmidt-Wellenburg, C. (2018). There is no such thing as 'the economy'. Economic phenomena analysed from a field-theoretical perspective. *Historical Social Research*, i. E.

Le Bart, C. (1998). *Le discours politique*. Paris: puf.

Lefevre, J. (2008). Des usages socio-politiques de la notion de modèle social aux enjeux politiques de la comparaison. *Convention de recherche CGT-Verne Ader*, Januar 2008, 14–28.

Levebvre, A., & Méda, D. (2006). *Faut-il brûler le modèle social français?* Paris: Seuil.

Lehingue, P. (2007). Le non français au Traité Constitutionnel Européen (mai 2005). Sur 2 lectures 'polaires' du scrutin. *Actes de la recherche en sciences sociales* 166/167, 122–139.

L'Humanité (1982). Conférence de presse de M. Georges Marchais, secrétaire général du PCF, à l'issue de son voyage en Chine sur les relations entre les partis communistes français et chinois, à Pékin le 26 octobre 1982, publiée (sous forme résumée), 27. Oktober 1982.

Maesse, J. (2015). Economic experts: a discursive political economy of economics. *Journal of Multicultural Discourses* 10, 279–305.

Maingueneau, D. (2013). Post-scriptum. Le rapport de la Banque Mondiale. Quelques réflexions d'un analyste du discours. In: M. Temmar, Angermüller, J. & F. Lebaron (Hrsg.), *Les discours de l'économie* (175-186). Paris: PUF.

- Maris, B. (1990). *Des économistes au-dessus de tout soupçon ou la garde mascarade des prédictions*. Paris: Albin Michel.
- Maris, B. (2002). Légitimation, autolégitimation, discours expert et discours savant. *Sciences de la société* 55, 108–122.
- McCloskey, D. (1990). *If you're so smart: the narrative of economic expertise*. Chicago: Chicago University Press.
- Muniesa, F., & Callon, M. (2009). La performativité des sciences économiques. In P Steiner & F. Vatin (Hrsg.), *Traité de sociologie économique* (289–324). Paris: puf.
- Ogien, A. (1995). *L'esprit gestionnaire. Une analyse de l'air du temps*. Paris: EHESS.
- Oliviennes, D. (1994). La préférence française pour le chômage. *Note de la Fondation Saint-Simon*.
- Pierru, F. (2007). *Hippocrate malade de ses réformes*. Bellecombe-en-Bauges: éditions du Croquant.
- République française (1996). Mémoire pour un modèle social européen soumis par la France à ses partenaires de l'Union européenne, Paris, 28. März 1996.
- Sarkozy, M.N. (2005a). Déclaration de M. Nicolas Sarkozy, ministre d'État, ministre de l'intérieur et de l'aménagement du territoire et président de l'UMP, sur le choix, pour l'UMP, d'une stratégie de « rupture » et un « nouveau modèle français », dans la perspective des élections législatives et présidentielles de 2007, La Baule, 4. September 2005.
- Sarkozy, M.N. (2005b). Déclaration de M. Nicolas Sarkozy, président de l'UMP, sur sa position en faveur du « oui » au référendum sur la Constitution européenne, Paris, 12 Mai 2005.
- Sapir, A. (2005). Globalisation and the reform of European Social Models. *Bruegel Policy Brief*, issue 2005, November.
- Schmidt-Wellenburg, C. (2013). *Die Regierung des Unternehmens. Managementberatung im neoliberalen Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Schmidt-Wellenburg, C. (2017). Wissenschaft, Politik und Profession als Quellen diskursiver Autorität. In J. Hamann, J. Maeße, V. Gengnagel & A. Hirschfeld (Hrsg.), *Macht in Wissenschaft und Gesellschaft. Diskurs- und feldanalytische Perspektiven* (477–504). Wiesbaden: Springer VS.
- Schmidt-Wellenburg, C. (2018). German economists' discourse on European crisis. *Historical Social Research* 43, i.E.
- Schmitz, A., Witte, D., & Gengnagel, V. (2017). Pluralizing field analysis: Toward a relational understanding of the field of power. *Social Science Information* 56, 49–73.
- Smelser, N.J., & Swedberg, R.. (2005). *The handbook of economic sociology*. Princeton, NY: Princeton Univ. Press.
- Swedberg, R. (2002). *Principles of Economic Sociology*. Princeton: Princeton University Press.
- Steiner, P. (1999). *La sociologie économique*. Paris: La Découverte.
- Steiner, P., & Vatin F. (2009). *Traité de sociologie économique*. Paris: PUF.
- Télégramme de Brest (2005). Interview de M. Nicolas Sarkozy, président de l'UMP, à propos des sondages sur les intentions de vote pour le référendum sur la constitution européenne et

sur les raisons de la montée du « non ». *Télégramme de Brest*, 21. Mai 2005.

Witte, D. & Schmitz, A. (2018). Netzwerke als transversale Felder. In J. Fuhse & K. Krenn (Hrsg.), *Netzwerke in gesellschaftlichen Feldern*. Wiesbaden: VS Verlag. (Im Erscheinen).

Übersetzt aus dem Französischen von Juliane Schmidt-Wellenburg und Christian Schmidt-Wellenburg